

„Darum vorwärts im zielbewußten Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!“

Die Mitglieder des sozialistischen Leseklubs „Lesing“.

Indem ich Namens des Parteitag's den Absendern der Adresse den wärmsten Dank ausspreche, beantrage ich, diese schön ausgestattete Adresse den Halle'schen Genossen zum dauernden Andenken an diesen Parteitag zu überweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist der Parteitag einverstanden. Ich ersuche das Lokalkomitee, die Adresse hier in Empfang zu nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Schönfeld-Dresden, daß seine neuliche Behauptung bezüglich der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, soweit seine Informationen reichen, richtig sei. Sollte er sich geirrt haben, so nähme er keinen Anstand, seine Behauptung zurückzunehmen.

Höppner glaubt, daß die übrigen Dresdener Genossen durch diese Erklärung befriedigt sein werden.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Punkt 7:

Die Parteipresse.

Hierzu hat B. Diefländer-Potsdam-Dithavelland folgenden Antrag gestellt:

„Da die Presse das mächtigste Kampfmittel in Händen der Partei ist und in Erwägung, daß es heiligste Pflicht der Partei sein muß, dieses Kampfmittel bis zur äußersten Grenze anzuwenden und auszunutzen, spricht sich der Parteitag dafür aus, daß zur Herstellung des event. Zentral-Organs und aller von der Parteileitung ausgehenden Schriften eine eigene Druckerei errichtet werde, damit der gesammte, aus Herstellung dieser Preßerzeugnisse resultirende Reinertrag wiederum für Parteizwecke zur Verwendung gelangen kann.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt Diefländer:

„Ein etwaiger Kontrakt mit einem Drucker betreffs Herstellung eines von der Parteileitung herausgegebenen Zentralorgans und anderer Druckschriften darf nur bis zum nächsten Parteitag abgeschlossen werden.“

Der Antragsteller hat beide Anträge zurückgezogen.

Es liegt nur noch ein Antrag der Gubenener Genossen vor.

Es wird beantragt, daß die gesammte sozialdemokratische Presse Eigentum der Partei sei.

Eine Reihe anderer auf die Presse bezüglicher Anträge wird bei den allgemeinen Anträgen aus der Mitte des Parteitages behandelt werden.

Berichterflatter Auer: Ueber unsere Parteipresse, insonderheit die Lokalpresse (denn über das Zentralorgan entscheidet ja bis zu

H

einem gewissen Grade bereits unser Organisationsstatut) herrschen noch wenig klare Anschauungen. Das zeigt der Antrag Guben, der bereits die Expropriation des gesammten Preßeigentums beschließen will. Ein solcher Antrag ist einfach unannehmbar. Die Lokalpresse muß sich von der Zentralpresse vor allem darin unterscheiden, daß der Haupteinfluß auf dieselbe den Parteigenossen am Ort, bezw. der Provinz und dem Kreise zusteht, für den das Blatt selber erscheint, während die Zentralorgane ausschließlich für die Gesamtpartei vorhanden sind. Man erhebt nur gar zu leicht den Anspruch, daß die Mittel der gesammten Partei unter Umständen für ein einzelnes Lokalorgan zur Verfügung stehen sollen. Ging doch neulich ein Aufruf durch die Presse, behufs Errichtung einer Druckerei an einem bestimmten Orte Deutschlands die gesammte Partei in Aktion zu setzen! Das ist eine absolut falsche Auffassung. Die Parteiorgane müssen getragen werden durch den Kreis, für den sie bestimmt sind (Sehr richtig!), und das hier recht präzis auszusprechen, war mit einer der Gründe, warum wir den Gegenstand überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt haben. Daß im Uebrigen die Lokalorgane der Partei zu dienen haben, dem Gesamtinteresse, daß sie in Bezug auf taktische und prinzipielle Fragen sich der Ordnung und Disziplin anzuordnen, zu fügen haben, ist selbstverständlich. Es ist aber unmöglich, die Lokalpresse gewissermaßen zu uniformiren. Die Lokalpresse muß der Verschiedenartigkeit der verschiedenen Gegenden Rechnung tragen. Es kann also garnicht davon die Rede sein, daß man der Lokalpresse gewissermaßen von oben herab eine Direktion giebt in dem Sinne, daß man sich in die Einzelheiten hineinmischt. Die Genossen der betreffenden Orte und Bezirke sollen sowohl in materieller Beziehung für ihr Lokalblatt aufkommen, als auch die geistige Leitung desselben soweit wie möglich in der Hand haben. Selbstverständlich geht es nicht, daß ein einzelnes Organ erklärt, was kümmern wir uns um die Beschlüsse des Parteitages, um unser Programm, um unsere Organisation! Die taktische Ausführung und Vertretung der allgemeinen Parteigrundsätze dagegen kann den lokalen Verhältnissen angepaßt werden. Alles, was ich Ihnen zu sagen hätte, erschöpft folgende Resolution, die wir Ihnen zur Annahme empfehlen:

„Der Parteitag beschließt:

In Erwägung: daß die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfmittel ist;

in weiterer Erwägung: daß unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist und jeder maßgebende nicht-parteiensässliche Einfluß von ihr fern gehalten wird,

spricht der Parteitag die Erwartung aus:

H

daß die Genossen überall, neben der Agitation für die Verbreitung des Centralorgans und der nichtperiodischen Parteiliteratur, sich vor allem die Unterstützung und Verbreitung unserer bereits existirenden Lokalpresse angelegen sein lassen.

daß sie ferner überall strenge darauf achten, daß unsere Presse nicht Gegenstand von Privat speculationen werde, die mit dem Parteizweck nichts gemein haben,

daß die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, nicht unter Rücksichten auf irgend welche Privatinteressen leide.

Insbefondere empfiehlt der Parteitag den Genossen:

bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorzicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor allem auch die notwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind.“

(Zustimmung.)

Ich mache Sie besonders auf die Rathschläge aufmerksam, die wir in unserem Schlusssatz aussprechen, Genossen! So hochwichtig die Presse für uns ist, so sehr kann sie der Partei geradezu schädlich werden, wenn leichtsinnig mit der Gründung von Presseorganen vorgegangen wird. Dieser Leichtsinm muß unter allen Umständen vermieden werden. Nur eine in ihrer materiellen Existenz gesicherte und geistig wie technisch gut geleitete Presse kann ihre Aufgabe recht erfüllen. So gut wie nicht Jeder ein geschickter Modelleur, Schneider und Schreiner sein kann, so gut ist auch nicht Jeder von Natur dazu berufen, ein Zeitungsredakteur zu sein. (Heiterkeit.) Die Scheere soll nicht das Zeichen sein, in dem die Redaktion arbeitet und siegt! Solchermaßen hergestellte Blätter gereichen der Partei nicht zum Nutzen. Ebenjowenig aber auch solche, die fortgesetzt mit Defizits arbeiten und die Mittel der Partei aufbrauchen, die besser zur Agitation u. s. w., für das Interesse der gesammten Partei, verwendet werden können. Solche Blätter sind wirklich unter Umständen ein Krebsgeschaden. Außerdem können deswegen unter den Parteigenossen der betreffenden Orte leicht Differenzen entstehen. Wir haben vor allem die Pflicht, unsere bestehende existenzfähige Presse zu unterstützen und zu verbessern. Es ist zweifellos nichts verloren, wenn mit der Gründung neuer Zeitungsunternehmen noch ein bißchen gewartet wird. Lassen Sie die alten Organe sich einleben, dann werden sich leichter die Mittel finden, um neu entstandenen helfen zu können. Eine schwache, immer auf dem Aussterbeetat stehende Presse ist ein Uebel. Ich empfehle Ihnen also unsere Resolutions. Nehmen Sie

H

dieselbe an und sorgen Sie vor allem dafür, daß sie kein todter Buchstabe bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Frau Steinbach-Hamburg: Ich möchte Sie bitten, uns Frauen auch in Bezug auf die Presse Gleichberechtigung zu gewähren. Nicht um blaustrümpferische Neigungen zu fördern thue ich dies. Der sogenannte Gleichberechtigungsdusel, wie er bisher leider von Frauenrechtlern und Frauenrechtlerinnen auf den Markt geworfen ist, liegt mir am Allerferntesten. Wie ich für die Frauen nur die nächstliegenden praktischen Forderungen veretre, nur plaudere für die Gründung von Fachvereinen, um auf dem Arbeitsmarkt den Frauen das gleiche Recht wie den Männern zu erringen, so fordere ich auch von der Presse nur die Unterstützung dieser unserer fachgewerkschaftlichen Bestrebungen. Ich muß mich nun darüber öffentlich beschweren, daß mir in meinem Wohnort, in Hamburg, von dem dortigen Arbeiterorgan nicht in dem gehörigen Maße der geringe Raum, den ich für meine praktischen Bestrebungen gesordert habe, eingeräumt worden ist. Es wird leider von den Männern noch alles in einen Topf geworfen, was von den Frauen ausgeht. Es ist in der Redaktion gesagt worden, „zu der Tragödie des Männerstreiks dieses traurigen Sommers hat die Frau Steinbach nun auch noch die Komödie eines Hamburger Plätterinnenstreiks hinzugefügt.“ Dieser Plätterinnenstreik ist leider, gegen meinen Willen, vor sich gegangen. Immerhin ist das Resultat dieser Bestrebung noch ein ganz gewaltiges geworden. Wir haben für einen Theil unserer Arbeitsgenossinnen eine Erhöhung ihres Tagelohnes, eine Verringerung ihrer bisher die Nächte hindurch währenden Arbeitszeit errungen, und wenn wir das auch nur für 40 oder 50 Genossinnen errungen haben, mit einer 5 Monate alten Organisation, so kann ich verlangen, daß meine kurzen, aufklärenden Berichte über diese Bewegung aufgenommen werden, und ich kann einem Redakteur nicht das Recht zugestehen, dies noch zu beschneiden. (Heiterkeit.) Das ist Meehlthau auf unsere Bestrebungen. Persönliche Anpassungen, Klatsch dürfen die Herren zurückweisen, aber für sachliche Ausführungen verlange ich mein Stückchen weißes Papier. Es giebt ja soviel Lumpen und Papier auf der Welt. Kaufe doch die Redaktion mehr Papier! (Heiterkeit.)

Dertel-Nürnberg: In der letzten Zeit ist eine wahre Zeitungs-Gründungs-Epidemie ausgebrochen. Viele dieser Blätter und Blättchen sind nicht existenzfähig. Sie werden über kurz oder lang von der Parteileitung Unterstützung verlangen oder wieder verschwinden. Man darf solchen Gründern den Vorwurf der Unvorsichtigkeit nicht ersparen. Das Zeitungsgeschäft muß gelernt sein. Vielfach haben Leute die Blätter begründet, sich nicht vorher orientirt, sich nicht von Fachleuten Auskunft geben lassen. Derartigen Dingen kann man am besten dadurch gegenüberreten, daß die Partei

H

beschließt, daß von der Parteileitung irgend welcher Zuschuß an die Lokalpresse nicht abgegeben werden darf. Der Gründung eines Arbeiterinnenorgans siehe ich sympathisch gegenüber. Allerdings müßte die Redaktion und Mitarbeiterschaft eines solchen Blattes vorzüglich sein. Bekanntlich müssen unsere Frauen mit der denkbar schlechtesten Zeitungslektüre zur Zeit vorlieb nehmen. Es hat sich in den letzten Jahren eine ganze Anzahl sogenannter parteiloser Blätter breit gemacht, Lokalanzeiger, Generalanzeiger u. s. w. Sie erscheinen unter der Maske der Parteilosigkeit und sind in Wirklichkeit nichts, als reaktionäre Blätter, die mit großem Wohlbehagen die reaktionärsten Ansichten und Bestrebungen verbreiten. Die Arbeitermassen sind es vor allen, die diese Blätter unterhalten. In Nürnberg hat ein solches Organ in kurzer Zeit 20- bis 25 000 Abonnenten gewonnen. Gegen diese „parteilosen“ Blätter muß ein wohlorganisirter Feldzug unternommen werden. Den Antrag Guben bitte ich abzulehnen. Wenn wir die Presse annectiren, dann müssen wir auch für etwaige Defizits aufkommen, dazu haben wir aber gar keine Veranlassung. Unsere Partei ist eine Kampfpartei, die ihre Mittel nicht festlegen darf. Außerdem wäre es auch ungerecht, solche Blätter zu annectiren, die während des Ausnahmegesetzes als private Blätter begründet wurden und nur mit großen Geld- und persönlichen Opfern erhalten werden konnten.

Heinrich-Mittona: Ich werde für die Resolution stimmen. Redner führt im Auftrage seines Wahlkreises Beschwerde gegen Baumeister Kessler, wegen dessen Angriffe auf Frohne. Nach längeren, theilweise heftigen Ausführungen bringt er folgenden Antrag ein:

Der Parteitag spricht hiermit seine entschiedene Mißbilligung über das vom Regierungsbaumeister Kessler in seinem Organe „Vereinsblatt“ gegenüber den Hamburger Genossen, insbesondere dem Genossen Karl Frohne, beachtete unwürdige Verhalten aus!

Im gleichen Sinne spricht Schwer-Hamburg I.

Karl-Duisburg beantragt Ueberweisung an die Reuener-Kommission, wogegen Kessler sich ausläßt, weil verschiedene Mitglieder darin mehr oder weniger theilhaftig seien. Dagegen erklärt er sich mit einem Schiedsgericht einverstanden, das Bebel zusammenberufen möge. Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Bildung und Einberufung dieses Schiedsgerichts dem Vorstande überwiesen.

Von Slomke-Bielefeld ist folgende Resolution eingegangen:

Der Parteitag spricht sich entschieden gegen die Aufnahme von Lotteriemonzen, Geheimtheilempfehlungen und ähnlichen, den guten Charakter der Parteipresse verletzenden Anzeigen aus.

Ein Unterantrag von Slomke, in seinen Prinzipalantrag auch Abzahlungsgeschäfte aufzunehmen, wird nicht genügend unterstützt.

Rüger-Verden ist für die Resolution Auer. Durch Schweigen

H

tönne man am Besten sein Einverständnis mit derselben bethätigen. (Beifall.)

Rittler-Heilbronn: Wollen wir mit der parteilosen Presse konkurriren, so müssen wir unsere Presse möglichst billig abgeben. Sollte auch anfangs mit Defizits gearbeitet werden, das Massenabonnement macht später das Unternehmen doch rentabel.

Ein weiterer Antrag:

Der Parteitag empfiehlt den Genossen allerorts, daß bei Gründungen von sozialdemokratischen Pressunternehmungen der einzelnen Orte und Wahlkreise die Zustimmung der Delegirten eines vorher einzuberufenden Provinzialtages einzuholen ist, wird bei den allgemeinen Anträgen zur Verhandlung kommen.

Schulze-Magdeburg erklärt Namens seiner Auftraggeber, daß die Magdeburger sich ebenfalls der sogenannten Opposition angeschlossen haben. Er will nur die Gründe für diese Haltung darlegen, wird jedoch vom Vorsitzenden mit dem Hinweis unterbrochen, daß jetzt die Parteipresse zur Berathung stehe. Es bleibe dem Redner ja unbenommen, eine schriftliche Erklärung vom Bureau verlesen zu lassen. Redner wünscht in Bezug auf die Presse, daß so unqualifizirbare Aeußerungen, wie sie in letzter Zeit von einzelnen Parteiorganen gethan seien, in Zukunft vermieden werden.

Gottschalk-Hamburg: Wir stehen unbedingt auf dem Standpunkt, daß die Presse Parteieigenthum sein muß und zwar der Partei am betreffenden Orte. Dieser müßte auch die Kontrolle zustehen. Dem Antrag Slomke kann ich nicht zustimmen. Annonzen sind eine sehr ergiebige Einnahmequelle für die Zeitungen. Mache man es doch so, wie in Hamburg, daß man schreibt: für den Annonzenthail übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Was die Blätter für die Frauen betrifft, so glaube ich, daß die Frauen doch nur Kaffeekränzchenblätter haben wollen.

Vorsitzender Singer: Ich kann es nicht für zulässig erachten, daß behauptet wird, die in der Arbeiterinnenbewegung stehenden Frauen wollen nichts wie „Kaffeekränzchenblätter“ gründen.

Gottschalk (fortfahrend): Ich sage mir, daß die gleichberechtigte Frau dieselben Blätter lesen kann, die wir schon besitzen. Die Frauen können in politischen Blättern ebenso gut für die Sache wirken, wie in besonderen Blättern, die schon mit Defizits arbeiten. Frau Steinbach hat sich darüber beschwert, daß ein Hamburger Redakteur ihre Berichte beschnitten habe. Wollte der Redakteur allen diesen Vereinsgeschichten Raum geben, dann könnte sein Blatt schließlich nicht 8 Seiten umfassen, sondern müßte zwölfmal so groß sein. Er muß in dieser Beziehung etwas beschnitten. Ich möchte also den Vorwurf zurückweisen, als wolle man die Frauen beschnitten, nein, die Männer werden gerade so gut beschnitten! (Stürmische Heiterkeit.)

H

Schmalfeld-Stade: Ueber die Gründung eines Lokalblattes sollten nur die Genossen am Ort entscheiden, damit sollte die Partei als solche nicht belästigt werden. Es wird sich bald ein gewisses Gründungsfeber bemerkbar machen. Dem muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die Schwindel- und Unsitlichkeitsannoncen müssen unbedingt aus der Presse verschwinden; ich kann es auch nicht billigen, wenn ein Blatt die Verantwortlichkeit für solche Annoncen abzuschütteln sucht. Die Leser sagen sich einfach: die Geschäfte, welche in unserem Blatte annoncieren, müssen gut sein; die Redakteure haben eine bessere Uebersicht als die Leser. Anders steht es mit den Annoncen, betreffend die Abzahlungsgeschäfte. Diese sind gewissermaßen ein Produkt unserer heutigen Verhältnisse, sie sind nicht aus der Welt zu schaffen. Es sollte aber von den Blättern darauf hingewiesen werden, daß die Käufer in ganz unverantwortlicher Weise von diesen Geschäften übernotorisiert werden. Frau Steinbach steht mit ihrer Klage nicht allein da. Die Einhaber solcher Lohnbewegungsberichte sollten sich möglichst fassen. Bei der Gründung neuer Blätter sollte man recht vorsichtig sein, um nicht den bereits bestehenden Abbruch zu thun. Dies gilt besonders von Schleswig-Holstein und Mecklenburg.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Röster-Wanzleben: Unsitliche und marktchreierische Annoncen muß unsere Presse zurückweisen. Die Frage der Kontrollkommission hat bei uns in Magdeburg schon praktische Gestalt angenommen. Wir haben selbst eine Kontrolle ausgeübt, welche aus dem leidigen Streit entstand, ob das Recht der freien Meinungsäußerung durch die frühere Redaktion der „Magdeburger Volksstimme“ in einer Weise ausgeübt wurde, welche dem Sinn und der Sprache eines Arbeiterorgans angemessen ist, oder in einer Weise, die dem Genossen Bebel das Recht gab, eine Beleidigung für die Parteileitung herauszulassen. Die Art der Kontrolle muß sich durchaus nach den lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen richten, und deshalb ist man in Magdeburg mit der Kontrolle, wie sie hier vorgeschlagen, nicht einverstanden. Es könnte darnach leicht vorkommen, daß die Haltung eines Blattes wie der „Volksstimme“ als eine Verletzung der Prinzipien der Partei angesehen wird. Um nun zu verhüten, daß Vorkommnisse, wie bei der „Magdeburger Volksstimme“, wiederkehren, möchte ich beantragen: der Parteitag erklärt, daß Streitigkeiten, bei denen es sich nur um eine ungeschickte Kampfweise handelt, in den Spalten der Zeitung, nicht in Volksversammlungen ausgefochten werden müssen und daß nicht gleich die Kontrollkommission einschreitet und kurzer Hand einfach tabula rasa mit der ganzen Redaktion macht.

Zappay-Marburg beantragt:

Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß die Partei-

H

blätter nicht nur Anzeigen von Geheimmitteln u. s. w. zurückweisen, sondern auch von denjenigen Geschäften, welche den am Ort üblichen Arbeitslohn ihren Arbeitern resp. Arbeiterinnen nicht bezahlen.

Dieser Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Gewehr-Elberfeld: Vorkommnisse wie bei der „Magdeburger Volksstimme“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sind nicht für die ganze Partei maßgebend. Ich bin gegen den Antrag Guben und für den Wunsch von Schulze, daß die Parteipresse Eigentum der Partei am einzelnen Orte ist. Ueber die Aufnahme von Annoncen mögen die Redakteure selbst entscheiden.

Der Schluß der Diskussion wird beantragt und von Ohlig befürwortet. Es sei ja sicher, daß auch diesmal der Antrag des Referenten einstimmig angenommen werde. Man solle doch nicht muthwillig die Arbeit hinauszögern.

Frau Zhrer ist für Fortsetzung der Debatte und protestirt gegen den Ausdruck „muthwillig“.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Slomke-Bielefeld verlangt noch das Wort zur Begründung seines Antrages.

Vorsitzender Singer befragt die Versammlung, ob sie ausnahmsweise und abweichend von der Geschäftsordnung den Genossen noch hören will.

Die Versammlung entscheidet mit großer Mehrheit dagegen.

Slomke (zur Geschäftsordnung): Es ist doch wohl ganz selbstverständlich, daß man die Einbringer selbstständiger Anträge, die noch dazu eine Redezeit von 20 Minuten nach der Geschäftsordnung beanspruchen können, auch zum Worte kommen läßt.

Vorsitzender Singer: Es handelt sich nicht um einen selbstständigen Antrag, sondern um eine Resolution zu einem bereits vorliegenden Antrag. Der Gegenstand ist erledigt.

In einer dem Bureau überreichten „Erklärung der Delegirten des ehemaligen nördlichen Belagerungsgebietes“ Theiß, Lüttgens, Hillmer, Schwarz, Högrove, Schweer, Heinrich und Dubber, wird dem Parteitage mitgetheilt, daß dieselben mit den Ausführungen von Gottschalk-Hamburg wegen der Inserate nicht einverstanden sind.

Zur Geschäftsordnung erklärt Bremer-Magdeburg, daß die Magdeburger Delegirten ohne gebundenes Mandat gewählt seien, nur mit dem Auftrage, sachgemäß Stellung zu nehmen; auch Schulze-Magdeburg hätte kein gebundenes Mandat.

Desgleichen erklärt Stengels-Hamburg zur Geschäftsordnung: Ich erkläre, daß ich der von Frau Steinbach angegriffene Redakteur des Hamburger „Echo“ bin. . . (Stoche des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer (unterbrechend): Ich kann Ihnen dazu

H

das Wort nicht weiter verstaten. Frau Steinbach hat zwar das Blatt, aber nicht mit ihrem Namen genannt.

Das Schlußwort erhält

Referent Auer: Ich werde mich auch beim Schlußwort möglichst kurz fassen. Ich fange wieder damit an, Sie zu bitten, möglichst von heute ab sich zu befeleißen, daß Sie die bereits gefaßten Beschlüsse nicht leere Worte sein lassen, sondern sie auch thatkräftig ausführen. Wenn wir bisher schon diesen Rath befolgt hätten, wären heute alle Reden über Annoncenwesen und dergleichen nicht mehr nothwendig gewesen. Ich werde Ihnen die betreffenden Parteibeschlüsse von früher vorlesen, daraus werden Sie ersehen, daß wir zu allen diesen Fragen schon längst Stellung genommen haben. Sind Mißstände vorhanden, so liegt das daran, daß die Parteigenossen die früheren Beschlüsse nicht ausgeführt haben. In St. Gallen wurde am 6. Oktober 1887 folgende Resolution von Bebel eingebracht: „Der Parteitag stellt an die Fraktion das Ersuchen, ihren moralischen Einfluß bei den Herausgebern und Eigenthümern von Arbeiterblättern und sonstigen auf die Arbeiterkreise berechneten Literaturerzeugnissen in Deutschland nachdrücklich dahin geltend zu machen, daß diese Art von Literatur ihrer Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären, auch wirklich entspricht, was nicht immer der Fall ist. Insbesondere aber soll die Parteivertretung ihr Augenmerk auf darauf richten, daß der ausbeuterische und forumpirrende Charakter verschiedener dieser auf die Arbeiterkreise berechneten Unternehmungen (marktschreierische Anpreisung von zweifelhaften, literarischen Erzeugnissen, von Geheimmitteln und dergleichen, sowie die Veröffentlichung von Schmutz- und Schwindelannoncen u. s. w.) aufhört. Weigern sich die Herausgeber solcher Preberzeugnisse, den im Interesse der Arbeiterklasse ausgesprochenen Wünschen der Reichstagsfraktion nachzukommen, so soll letztere öffentlich die Arbeiter vor dem Lesen oder Verbreiten solcher Literatur warnen.“

Wenn wir dem Beschluß gehalten hätten und darauf achten, ihn in Zukunft zu halten, dann ist alles das auf diesen Punkt bezügliche hier und früher schon Gesagte erledigt. Ich konstatire also nur, daß die Partei in dieser Beziehung bereits eine Marschrouten hat. Es ist nun auch der Vorschlag der „Verstaatlichung“ der Parteipresse wieder aufgetaucht, und Einzelne sind mit der von mir vorgeschlagenen Resolution deshalb nicht einverstanden, weil dieser Gedanke darin nicht ausgesprochen ist. In der Diskussion ist aber schon darauf hingewiesen worden, daß es eine reine Unmöglichkeit ist, die gesammte Parteipresse als Parteieigenthum zu erklären. Das geht aus tausenderlei Gründen nicht an, liegt auch garnicht im Interesse der Presse selber. Die Folge davon wäre, daß der eigene Trieb derjenigen Blätter, die noch in etwas unsicherer Stellung sich befinden, sich herauszuhelfen, fortzufallen würde, daß wir nur der

H

Partei als solcher eine Last von Defizits aufbürden würden, welche die Partei nicht tragen kann und soll. Blätter dagegen . . .

(Hier erfährt die Verhandlung eine Unterbrechung. Ein Delegirter ist plötzlich ohnmächtig von seinem Sitz zu Boden gegliiten und wird von den ihm zunächst sitzenden Genossen aus dem Sitzungssaal in einen Nebenraum getragen. In der Versammlung herrscht große Bewegung über den Vorfall. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, fährt der Redner fort.)

Die gesammte Parteipresse zum Parteieigenthum in dem Sinne zu machen, daß sie der Gesamtpartei gehöre, wofür wir dann wieder ein eigenes Organ schaffen müßten, welches juristisch dieses Eigenthum übernehmen kann, das ist unmöglich durchzuführen. Es steht ja aber den Genossen an den einzelnen Orten garnichts im Wege, Einrichtungen dahin zu treffen, daß ihr Lokalorgan auch in Bezug auf das Eigenthumsrecht ihr Organ wird und nicht irgend einer Privatperson gehört. Dagegen spricht sich auch die Resolution in keiner Weise aus. Die Genossen können also in dieser Beziehung machen, was sie wollen; was wir nicht annehmen können, ist, daß die Gesamtpartei Eigenthümerin der gesammten Parteipresse sein soll. Was die Genossen wollen, ist wahrscheinlich auch nur das, daß ihnen das Recht eingeräumt werde, sich selbst zu Eigenthümern ihres Lokalorgans zu machen. Das mag gemacht werden, wo es sich irgendwie als zweckentsprechend erweist.

Ferner ist auch hier die Frauenbewegung wieder hereingezogen worden. Es ist eigentlich bedauerlich, daß die Frauen gar so viel zu klagen haben. Das liegt doch wohl nicht bloß am mangelnden Entgegenkommen seitens der Parteigenossen, sondern vielleicht sind die Frauen auch in etwas pessimistischer Stimmung. Ihre Bewegung hat ja wirklich noch nicht die Ausbreitung, die wir alle ihr wünschen, und je kleiner die Bewegung ist, — das ist eine alte Erfahrung, die auch wir Männer seiner Zeit gemacht haben — je mehr sie noch in den Kinderschuhen steckt, desto mehr machen sich innere Zwistigkeiten, kleinliche Nörgeleien und ein gewisses Gefühl des Unbefriedigtseins geltend. Es ist das meine persönliche Meinung. Es scheint mir, daß auch die Leiterinnen der Frauenbewegung bei uns nach und nach dahin gekommen sind, daß sie über die Dinge, die sie selbst reformiren und bessern sollen, in Uneinigkeit gerathen und nun uns armen Männern die Schuld dafür geben, daß sie sich untereinander nicht vertragen können. Ich bin ja selbst verheirathet und hoffe, daß mir diese Aeußerung von den Frauen nicht nachgetragen werden wird. (Heiterkeit.) „Komödie des Blätterinnenstreiks,“ für eine solche in der Aufregung gethane Aeußerung eines einzelnen Blattes müssen Sie nicht die Gesamtheit verantwortlich machen; solchen Ausdruck können Sie ja mit der größten Leichtigkeit zurück-

H

geben, denn für diese einzelne „Komödie“ des Plätterinnenstreiks mache ich mich sofort anheischig, zwei, drei, vier gleiche „Komödien“, die die Männer in Szene gesetzt haben, anzuführen, da sind Sie reichlich entschädigt. Das müssen Sie nicht so genau nehmen. Wir wissen Alle, und das drückt auch unser Organisationsentwurf aus, wie wir voll und ganz bereit sind, die Gleichberechtigung der Frauenbewegung mit der unstrigen anzuerkennen. Liebknecht sagte, die Frauenbewegung ist eben mit die soziale Frage; wir gehören da zusammen und wollen uns nicht scheiden.

Der Genosse Schulze-Magdeburg hat gemeint, es empfehle sich, keine so schroffen Worte bei den Angriffen mehr zu gebrauchen, und Köster-Wanzleben hat gesagt, derartige Streitfragen sollten in den Parteiorganen, nicht in öffentlichen Versammlungen, ausgetragen werden. Ich spreche zunächst meine Genugthuung darüber aus, daß es Magdeburger Genossen sind, welche dem dortigen Organ nahestanden, die solchen Wünschen Ausdruck geben; ich hoffe, daß sie in alle Zukunft diesen ihren eigenen Rath befolgen werden und bedaure nur, daß sie ihn nicht schon vorher befolgt haben. Die Genossen selber waren es übrigens, welche Stellung zu ihrem Parteiblatt nahmen, sowohl in Dresden und in Magdeburg. Es hat wirklich keine Vergewaltigung stattgefunden. Daß in Magdeburg Bebel erschienen ist, kann doch nicht Wunder nehmen: hat er nicht das Recht der freien Meinungsäußerung, wie wir alle? Und in Dresden wohnte er ja sogar und konnte schon als bloßer Parteigenosse an der Versammlung theilnehmen, wie auch die Genossen am Orte das Recht hatten, seine Meinung, als die des Angegriffenen, zu hören. Gerade die dort erfolgte Beschlussfassung müssen Sie also respektiren. Ich wünsche nur, daß wir in alle Zukunft möglichst mit derartigen Vorkommnissen verschont bleiben. (Beifall.)

In persönlicher Bemerkung zum Schlusswort des Referenten weist Frau Steinbach den Ausdruck „Komödie“ nochmals entschieden zurück.

Die Resolution Auer wird darauf nochmals verlesen und gelangt sodann einstimmig zur Annahme.

Der Antrag der Gubener Genossen wird gegen eine kleine Minorität abgelehnt, der Antrag Slowke angenommen. Der Antrag der Hamburg-Altonaer Genossen wird, da die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossener ist, zurückgezogen.

Vorsitzender Singer: Ich habe dem Parteitag eine tieftraurige Mittheilung zu machen. Der Genosse, der eben, wie wir glaubten, in Folge eines Unwohlseins vom Stuhle fiel, ist, wie leider feststeht, vom Schlage getroffen, gestorben. Wir haben wiederum einen Genossen verloren, der in treuester Pflichterfüllung für die Interessen der Partei gearbeitet hat. Der Delegirte Baumgarten für Hamburg III war einer der ältesten Genossen

Hamburgs; seit langem treu für unsere Sache eintretend, stand er in der Reihe derjenigen, die auch für ihre Person Maßregelungen um ihrer Ueberzeugung willen erlitten haben. Wir empfinden dieses plötzliche Hinscheiden um so schmerzlicher, als der Genosse hier durch seine Thätigkeit mit dazu beigetragen hat, daß die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie glänzender wie je sich manifestirt hat. Wenn es einen Trost für diesen plötzlichen Verlust giebt, so besteht er darin, daß der Genosse die Ueberzeugung in den Tod mitnehmen konnte, daß seine Partei, die Partei des Proletariats, für welche er bis zu seinem letzten Athemzuge gekämpft hat, den vollen, den ganzen Sieg erringen wird. Ich bitte Sie, das Andenken an den von uns geschiedenen Genossen durch Erheben von den Sihen zu ehren.

(Die Versammelten erheben sich einmüthig von ihren Plätzen.)

Unter der Einwirkung dieses schmerzlichen Ereignisses halte ich es nicht für angemessen, in unseren Arbeiten fortzufahren. Ich bitte Sie, in Würdigung der Stimmung, in der wir uns alle befinden, die Sitzung jetzt abzubrechen und um 2 Uhr wieder aufzunehmen; die Sitzung ist geschlossen.

Schluss 11½ Uhr.

Nachmittags-sitzung.

Um 2½ Uhr wird die Sitzung unter dem Vorsitz des Genossen Diez wieder aufgenommen.

Vor der Tagesordnung verlangt das Wort

Singer: Ich habe bezüglich meiner vor dem Parteitag wegen der Notiz in hiesigen „General-Anzeiger“ abgegebenen Erklärung von dem Chefredakteur Herrn Friedrich Baumann an meine Adresse folgende Mittheilung erhalten:

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Beratungen des sozialdemokratischen Parteitages stellten Sie im Namen des Parteitages die Behauptung des „General-Anzeiger“:

Am verflorenen Dienstag Abend, während des Kommerces, hätten Führer der Partei mit den französischen Delegirten in einem hiesigen Hotel eine geheime Berathung gehabt, als eine verleumderische Lüge hin.

Demgegenüber erkläre ich, daß ich selbst die französischen Delegirten, nachdem ich mit denselben eine halbe Stunde im Saale des Prinz Karl zugebracht hatte, in das benutzte Hotel geführt und dort während mehrerer Stunden in Gesellschaft dieser Herren, des Abgeordneten Liebknecht und anderer Parteimänner verweilt habe. Dieses Zusammensein fand in einem reservirten Zimmer der ersten Etage

des erwähnten Hotels statt. Ihre Persönlichkeit habe ich dort selbst nicht bemerkt. Angesichts des Charakters der gefährlichen Unterhaltung, angesichts der Fragen, welche die französischen Herren an den Abgeordneten Herrn Liebknecht richteten, war ich vollauf berechtigt, diese Zusammenkunft, fern der Kommerzfeier, in den wenigen Worten, die ich ihr gewidmet habe, mit dem übrigens unverfänglichen Ausdruck „geheime Beratung“ zu bezeichnen. Die böswillige Absicht, welche Sie mir als Ergebnis Ihrer missverständlichen Auffassung unterzuschreiben, hat mir absolut fern gelegen. Deshalb erhebe ich energisch Einspruch gegen Ihre Anschuldigung und erwarte von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie gegenwärtige Erklärung zur Richtigstellung an gleicher Stelle bekannt geben.“

Ich stelle einfach diesem Schreiben den Wortlaut der Notiz aus dem „General-Anzeiger“ gegenüber, wo es heißt: „Ein Genosse nahte sich ihnen und lud sie im Namen des Abgeordneten Liebknecht ein, zu ihm ins Centralhotel zu kommen. Hier saßen die meisten Führer, tranken Bier und pflegten geheime Beratung etc.“ und überlasse es dem Urtheil des Parteitag und der Außenstehenden, ob ich ein Recht hatte, diese Behauptung als eine verleumderische Lüge hinzustellen, ein Auspruch, den ich hiermit wiederhole. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt der Parteitag in die

Spezialdiskussion über den Organisationsentwurf,

wie er nach den Beschlüssen der 25. er Kommission gedruckt unter die Mitglieder zur Vertheilung gelangt ist. Dieselbe Kommission hat dem Parteitage eine Vorschlagsliste für die auf Grund der neuen Organisation vorzunehmenden Vorstandswahlen überreicht.

Berichterstatter Auer: Die Kommission, welche Sie vorgestern gewählt haben, hat gestern getagt und zwar den ganzen Tag, und das Resultat ihrer Arbeiten liegt Ihnen vor in dem Schriftstücke, überschrieben „Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“ Die Kommission hat mich mit der Berichterstattung beauftragt. Sowohl im Interesse unserer Verhandlungen, als auch angesichts der großen Einnützigkeit, mit welcher die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hat, glaube ich, mich möglichst kurz fassen zu können; ich werde mich auf die allernothwendigsten Erklärungen beschränken.

Zunächst haben wir in der Ueberschrift den Parteinamen geändert in „sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Darüber wird es einer weiteren Auseinandersetzung gar nicht bedürfen.

H

§ 1 lautet jetzt:

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

Zweierlei ist hier besonders zu beachten.

Mit dem Worte „Person“ (wie schon im Entwurf) wird ausgesprochen, daß Männer wie Frauen zur Partei gehören können. Als Kennzeichen ferner für die Zugehörigkeit zur Partei wollen wir das Bekenntniß „zu den Grundsätzen unseres Parteiprogramms“ betrachten, nicht engherzig „zum Parteiprogramm“, so daß Jeder jeden Buchstaben anerkennen müßte, sondern in Berücksichtigung dessen, daß der Eine oder der Andere gegen diesen oder jenen speziellen Punkt seine Bedenken habe und eine kleine Abweichung irgend welcher Art gar keine Rolle spiele. Außerdem soll, wer zu uns gehören will, die Partei „nach Kräften unterstützen“. Damit ist den Einwürfen gegen „dauernd materiell“ Rechnung getragen. Die Unterstützung kann in den verschiedensten Formen geschehen: materiell, durch Agitation, durch theoretische, wissenschaftliche Arbeit; es ist absolut freier Spielraum gelassen. Ich bemerke noch, daß wir auch in Rücksicht auf die vereinsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland speziell zu dieser Form gekommen sind, diese Rücksicht war die ausschlaggebende.

§ 2.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidung steht dem Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Auch hier ist nicht mehr von einem groben Verstoß gegen den Buchstabenjura des Programms, sondern gegen die Grundsätze desselben die Rede; die Bestimmung aber, daß, wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat, nicht mehr zu uns gehört, haben wir beibehalten. Auch darüber brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Wir hielten dafür, daß es ehrlose Handlungen giebt, die Jedem gegenüber als ehrlos gelten, und daß da von bürgerlicher und sozialdemokratischer Moral gar nicht die Rede sein kann. In den Augen gewisser bürgerlicher Kreise gilt man ja schon als ehrlos, wenn man einmal das Unglück hatte, einer Majestätsbeleidigung verdächtig zu werden; daß für uns derlei nicht als ehrlos gilt, ist selbstverständlich. Nach Absatz 2 des § 2 sollen über die Zugehörigkeit zur Partei die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Wahlkreise zu entscheiden haben. Der ganze Aufbau der Organisation, wie sie beschlossen ist, läßt gar nichts anderes zu. Nur den

16* H